

## **L-1 Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 03.06.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

1 Die Klimakrise ist bittere Realität. Ihre Folgen sind dramatisch und zeigen sich  
2 in der  
3 Welt, in Europa und auch ganz konkret hier in Berlin. Sei es der dritte  
4 Dürresommer in  
5 Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt oder Waldbrände in unbekanntem  
6 Ausmaß. Bereits  
7 jetzt hat sich das Klima um 1,1 Grad erwärmt. Doch die getroffenen Zusagen aus  
8 dem Pariser  
9 Klimaschutz Abkommen werden nicht eingehalten mit fatalen Folgen für Millionen  
10 von Menschen.  
11 Besonders leidtragend sind dabei die Menschen im globalen Süden, da die  
12 Klimakrise auf einem  
13 (neo-)kolonialen ausbeuterischen System basiert. Wir im globalen Norden  
14 profitieren dagegen  
15 von diesem System und tragen daher eine besondere Verantwortung. Auch Menschen mit  
16 niedrigem  
17 Einkommen, Frauen und ältere Menschen, spüren in unserer Stadt die ökologischen  
18 Folgen am  
19 meisten, obwohl Sie für deutlich weniger CO2-Emission verantwortlich sind, das  
20 zeigen u.a.  
21 die Daten des Umweltgerechtigkeitsatlas. Daher müssen Klimaschutzmaßnahmen  
22 prioritär dort  
ansetzen, wo die Menschen besonders stark von negativen Auswirkungen betroffen  
sind. Denn  
die Klimakrise ist eine soziale Krise. Daher müssen wir in jedem Bereich die  
Klimawende  
angehen und auf Bundesebene endlich das angekündigte Klimageld einführen. In  
Berlin wollen  
wir Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten, beispielweise dabei  
unbürokratisch  
unterstützen, dass sie Förderung für Balkonkraftwerke erhalten oder nach dem  
Vorbild der  
niederländischen „Fixbrigaden“ Handwerker\*innen für sie einfache aber sehr  
effektive  
Tätigkeiten zur Energieeinsparung ausführen können. Auch wenn die großen Hebel

der  
Klimawende die Transformation im Verkehrs-, Energie-, Gebäude-, und  
Industriesektor sind,  
dürfen wir die sozialer Infrastruktur wie den Kultur- und Bildungsbereich sowie  
die  
Gesundheitsversorgung nicht vergessen. Dafür werden wir auch für alle Bereiche  
die nötigen  
Finanzmittel zur Verfügung stellen müssen.

23 Zuletzt hat der jüngste IPCC-Bericht uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit  
24 der wir  
25 Maßnahmen zur Begrenzung der Erderhitzung ergreifen müssen. Eindringlich wie nie  
26 zuvor weist  
27 der Weltklimarat darauf hin, dass das Tempo und der Umfang der bisherigen  
28 Bemühungen nicht  
29 ausreichen. Die Wissenschaftler\*innen fordern einmal mehr ein, dass das Tempo  
30 beim Ergreifen  
31 von Klimaschutzmaßnahmen drastisch gesteigert wird. Der neu gewählte schwarz-rote  
32 Senat  
33 hingegen verschließt die Augen vor dem notwendigen Wandel. Mit dem wolkigen  
34 Versprechen, ein  
35 Sondervermögen einzurichten, ohne konkrete Maßnahmenpakete bekanntzugeben,  
36 ertränken CDU und  
37 SPD ernsthafte Bestrebungen. Hinzu kommt, dass die Rückschrittskoalition viele  
38 der  
bisherigen Klimaschutzmaßnahmen aufweichen und zurückdrehen möchte: in der  
Bauordnung, im  
Mobilitätsgesetz, beim Weiterbau der A100, der Streichung der Schienen-TV0, bei  
den Plänen  
zur Teilversiegelung des Tempelhofer Felds und mit dem angekündigten Stillstand  
beim  
Tramausbau. Das alles muss uns noch mehr Antrieb sein, den Umbau Berlins zu einer  
klimaneutralen Stadt sozialverträglich voranzutreiben. Denn auch unsere Stadt  
muss ihrer  
globalen Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise gerecht werden. Hierfür  
müssen wir die  
Klimaneutralität Berlins deutlich schneller erreichen als es die gesetzliche  
Vorgabe von  
2045 vorsieht und dabei erheblich an Tempo zulegen.

39 In den letzten Jahren haben wir unter grüner Regierungsbeteiligung dafür gesorgt,  
40 dass das  
41 Land Berlin seine Klimaziele für den Klimaschutz deutlich ambitionierter  
42 ausgestaltet hat  
43 und dass alle Senatsvorlagen einem systematischen Klimacheck unterzogen werden  
44 müssen. Wir

45 setzen uns dafür ein, die Selbstverpflichtung des Staates in Gesetzestexten, die  
46 den  
47 Klimaschutz betreffen, in Land und Bund weiter zu stärken. Wir sind mutig  
48 vorangegangen und  
49 waren zwischenzeitlich Taktgeberin für viele andere Bundesländer und für den  
50 Bund. Da, wo es  
51 rechtlich möglich war, haben wir dafür gesorgt, dass Berlin den Kohleausstieg auf  
52 2029  
vorzieht. Wir haben die Fernwärme bundesweit erstmals gesetzlich einem  
Dekarbonisierungspfad  
unterworfen und gesetzliche Vorgaben für den Anteil Erneuerbarer festgesetzt. Mit  
dem  
Masterplan SolarCity haben wir die Grundlage für einen schnelleren Ausbau von  
Erneuerbaren  
in Berlin geschaffen. Wir haben die Solardach-Pflicht für private und öffentliche  
Gebäude im  
Neubau und Bestand auch für Nicht-Wohngebäude eingeführt sowie flankierend dazu  
Förderprogramme ausgebaut und mit dem Solarzentrum ein unabhängiges  
Beratungsangebot  
geschaffen.

53 Mobilität verbindet die Berliner\*innen tagtäglich wie nichts anderes. Durch eine  
54 gute und  
55 nutzungsfreundliche Mobilitätsgestaltung werden lebenswerte und nachhaltige  
56 Verhältnisse in  
57 Berlin geschaffen, insbesondere für Kinder, Ältere und Menschen mit  
58 Behinderungen.  
59 Attraktive ÖPNV-Angebote, eine leichte Erreichbarkeit innerhalb der eigenen  
60 Nachbarschaft  
61 durch sichere Wege und eine menschengerechte Verkehrsgeschwindigkeit sind  
62 essentiell für den  
63 Klimaschutz. Die Orientierung am Umweltatlas macht Notwendigkeiten sichtbar und  
64 ermöglicht,  
65 Maßnahmen priorisiert und gerecht umzusetzen.

66  
67 Mit dem bundesweit einmaligen Mobilitätsgesetz haben wir den Vorrang des  
68 Umweltverbundes aus  
69 öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Fuß- und Radverkehr festgeschrieben.  
70 Das  
Mobilitätsgesetz muss konsequent angewendet und dessen Ziele weiterverfolgt  
werden. Auch den  
Ausbau des ÖPNV haben wir vorangebracht und werden dies weiterhin tun: Mit neuen  
Tramstrecken und neuen U-Bahn- und S-Bahn-Wägen sorgen wir für noch mehr  
klimafreundliche  
Mobilität auf der Schiene. Mit dem neuen Rufbussystem MUVA der BVG bieten wir ein  
besseres

ÖPNV-Angebot in den Außenbezirken. Dank uns werden bis zum Jahr 2030 alle Busse der BVG (etwa 1500 Stück) auf komplett erneuerbar-elektrischen Antrieb umgestellt, damit sie keine schädlichen Abgase mehr produzieren. Dadurch wird Berlin eine der größten E-Bus Flotten in ganz Europa stellen.

71 Gemeinsam haben wir erste Schritte hin zu einer Klimagovernance unternommen, ein  
72 Berliner  
73 „Klimakabinett“ aufgesetzt und einen Klimabürger\*innenrat einberufen. Dessen  
74 Empfehlungen  
75 sind in das überarbeitete Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)  
76 eingeflossen. All  
77 das waren nur erste Schritte. Die Erreichung der Klimaziele erfordert ein  
78 systematisches und  
79 koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur Querschnittsaufgabe für den  
80 Senat macht.  
81 Dazu gehört auch, dass unsere Finanzströme in den öffentlichen Haushalten mit  
82 den Zielen  
des Pariser Klimaschutzabkommens kompatibel sein müssen. Dabei müssen die Ausgaben des Landeshaushalts die Maßgaben des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes und des BEK einhalten. Es müssen die notwendigen Mittel im Haushalt eingestellt werden, um die Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Dabei sind die Maßnahmen nicht nur nach ihrer Wirtschaftlichkeit sondern vor allem nach ihrer Effizienz für den Klimaschutz zu priorisieren, und es ist auf eine soziale Kostenteilung zu achten.

83 Wir müssen drastisch an Fahrt aufnehmen, wenn wir unsere Klimaschutzziele  
84 erreichen möchten.  
85 Die Politik muss in den zentralen Feldern mit all ihren Instrumenten auf die  
86 Erreichung der  
87 sektoralen und gesamtstädtischen Klimaziele ausgerichtet werden. Dazu ist eine  
88 jährliche  
89 Datenerfassung zur Zielerreichungskontrolle bei den Reduktionszielen zu  
90 implementieren. Bei  
91 Zielverfehlungen sollen die jeweils zuständigen Senatsverwaltungen  
92 Sofortmaßnahmen auf den  
93 Weg bringen . Mit derzeit etwa 50% CO<sub>2</sub>-Emissionsreduzierung ist gerade erst der  
94 halbe Weg  
95 geschafft. Klimaschutz und -anpassung bleiben die zentralen politischen Aufgaben  
96 der  
97 nächsten Jahre und Jahrzehnte. Um den Klimaschutz in Berlin noch zielgerichteter

98 voranzubringen, fordern wir ein klimagerechtes und 1,5°-konformes Emissions-  
99 Restbudget.  
100 Daraus abgeleitete Emissions-Reduktionsziele sollen auf Jahre, auf Sektoren und  
101 auch auf die  
102 Bezirke heruntergebrochen werden. Hemmnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen soll  
103 der Senat  
104 in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Stakeholdern beseitigen. Außerdem plädieren  
105 wir für  
106 einen stärkeren internationalen Wissensaustausch zur Klimaneutralität mit anderen  
107 Städten,  
108 z.B. als Twin City im Rahmen des NetZeroCities-Programms der EU.  
109 Für einen erfolgreichen Klimaschutz müssen wir unsere Anstrengungen um ein  
110 Vielfaches  
111 erhöhen. Bei der Siedlungsentwicklung soll der Bestand mehr in den Mittelpunkt,  
112 um möglichst  
113 wenig Boden zu versiegeln, Mobilität zu erzeugen und somit eine nachhaltige  
114 Entwicklung der  
115 Stadt aus der Landschaft zu erreichen (Entsiegelung / 30 ha-Ziel). Das gilt auch  
116 für die  
117 Bau- und Wärmewende, die eine der größten ökosozialen Zukunftsfragen unserer  
118 Stadt ist. Wir  
119 wollen das Bauen auf eine zukunftsfähige, auf der Kreislaufwirtschaft und  
120 klimafreundlichen  
121 Materialien basierende Grundlage zu stellen. Den Wärme- und Kühlungsbedarf im  
122 Gebäudebereich  
123 wollen wir deutlich reduzieren und die dann noch benötigte Wärme und Kühlung auf  
124 Grundlage  
125 erneuerbarer Energien , einer stadtweiten Infrastruktur- und Wärmeplanung und  
126 bedarfsorientierter Quartierslösungen bereitstellen, mit einem Schwerpunkt auf  
127 den am  
schnellsten umsetzbaren und effektivsten Maßnahmen. Abwärmenutzung,  
Wärmepumpentechnik,  
oberflächennahe Geothermie, Solarthermie und („adiabate“) Verdunstungskühlung,  
sowie  
klimaangepasste Architektur (wie Fassadenbegrünung) haben für uns klar Vorrang.  
Die u.a. von  
Vattenfall geplante Ausweitung der keineswegs klima- und CO2-neutralen  
Holzverbrennung in  
Kraftwerken lehnen wir als für den Klimaschutz kontraproduktiv ab. Energetische  
Sanierungsmaßnahmen sollen warmmietenneutral umgesetzt werden. Eine Ausweitung  
der  
thermischen Abfallverwertung lehnen wir ab. Unser Ziel ist eine faire  
Kostenverteilung  
zwischen Vermieter\*innen, öffentlicher Hand und Mieter\*innen sowie die  
Abschaffung der  
Modernisierungsumlage.

Wir wollen die Wärmewende bzw. Maßnahmen, die unsere Klimaschutzziele erreichbar machen und den Schutz der sozialen Zusammensetzung in Milieuschutzgebieten besser in Einklang bringen.

Wir erwarten hier vom neuen Senat im Rahmen der unter Rot-Grün-Rot eingerichteten AG

Milieuschutz gemeinsam mit den Bezirken Lösungen. Denn bisher gibt es keine belastbaren

Verfahren beispielsweise für den Umgang mit Solaranlagen, Wärmepumpen oder Wärmedämmmaßnahmen sowie mit dem verbindlichen Einsatz von Fördermitteln. Eine Vereinheitlichung aller Kriterien sowie Schwächung des Mieterschutzes in den Bezirken lehnen

wir ab, aber es braucht transparente und für die Verwaltung entlastende Kriterien und

Prüfverfahren für den Klimaschutz und zudem eine bessere personelle wie finanzielle

Ausstattung. Klimaschutz und Mieter\*innenschutz gehen für uns beim Milieuschutz nur zusammen.

128 Für uns Grüne Berlin ist der Kampf gegen die Klimakrise zugleich ein Kampf für  
129 soziale und  
130 globale Gerechtigkeit und um den Erhalt der Lebensbedingungen auf dieser Erde.  
131 Hitze,  
132 langanhaltende Dürren, Unwetter, Überflutungen oder der steigende Meeresspiegel  
133 machen viele  
134 Regionen auf der Erde zunehmend unbewohnbar und zwingen Menschen zur Flucht. Wir  
135 Grüne  
136 Berlin fordern daher ein Landesaufnahmeprogramm "Klima", um neben Menschen aus  
137 Kriegs- und  
138 Krisengebieten auch Menschen aufzunehmen, die aufgrund des Klimawandels fliehen  
139 müssen.

140  
141 Wir brauchen sozial ausgeglichene und praktisch umsetzbare Maßnahmen für  
142 Klimaschutz und  
143 Klimaanpassung und interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Politikfeldern.  
144 Klimaschutz  
145 kann dann am erfolgreichsten sein, wenn alle ihn als ihre Aufgabe begreifen und  
146 bereit sind,  
147 in ihrem Bereich Klimaschutz zu priorisieren und die Lebensgrundlagen unserer  
Stadt und  
unseres Planeten zu schützen. Dafür soll ein klimapolitischer Gleichstellungs-  
Check für alle  
Gesetze und Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung  
der  
konkreten Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher

Verpflichtungen. Wir

wollen, dass Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.

Wir brauchen eine breite Allianz für Klimaschutz. Ganz gleich ob die Bereiche Bildung,

Gesundheit, Kultur oder Sport: Klimaschutz und -anpassung ist die Aufgabe aller. Viele

Akteur\*innen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Wir stehen in der Pflicht, sie dabei zu unterstützen.

148 Die Zivilgesellschaft ist unsere natürliche Partnerin im Kampf gegen die  
149 Klimakrise. Der  
150 institutionell-politische Raum braucht diesen Druck. Der Druck von Akteur\*innen  
151 wie Fridays  
152 for Future oder Ende Gelände hat klimaschutzpolitische Debatten in den  
153 Parlamenten  
154 weitergebracht. Auf Initiative der Zivilgesellschaft hin haben wir sowohl als  
155 erstes  
156 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen als auch mit dem Klimabürger\*innenrat die  
157 Berliner\*innen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Dessen Empfehlungen waren  
158 und  
159 bleiben für uns Richtschnur bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Auch in  
160 Zukunft soll  
161 auf solche und andere Beteiligungsformate gesetzt werden, um gemeinsam mit der  
162 Stadtgesellschaft, aber auch Stakeholder\*innen aus den verschiedensten Bereichen,  
163 Maßnahmen  
164 (weiter) zu entwickeln. Zuletzt haben wir den Volksentscheid Berlin klimaneutral  
165 2030  
166 unterstützt. Dessen Ziel, die Klimaziele schneller zu erreichen, teilen wir.  
167 Gewalt gegen  
168 Klimaaktivist\*innen sowie die Verschärfung von Strafrecht, um ihren Protest zu  
169 verhindern,  
170 lehnen wir strikt ab. Das gilt insbesondere auch für die Polizeigewalt und die  
171 Anwandlungen  
172 von Selbstjustiz gegenüber der sogenannten Letzten Generation.

174 Um die 1,5 Grad Grenze einzuhalten, haben wir kaum noch Zeit. Zeitgleich sind  
175 Parteien in  
176 Regierungsverantwortung, die nicht bereit sind effektive Klimapolitik zu machen.  
177 Das  
Verschleppen und Aufgeben der im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele, kann nicht die  
Antwort auf diese Herausforderung sein. Welche Maßnahmen uns zum Ziel der  
Klimagerechtigkeit  
führen, muss eine gesellschaftliche Aushandlung sein, bei der das Einfließen

verschiedener

Perspektiven wichtig ist. Das Ergebnis des Klimavolksentscheids hat noch einmal deutlich

gezeigt, wie groß der Handlungsbedarf und die Auseinandersetzung darüber weiterhin ist. Wir

brauchen die Akzeptanz und die Unterstützung der gesamten Stadt, um unsere Klimaschutzziele

zu erreichen. Als bündnisgrüne Partei wollen wir – nicht zuletzt mit unseren Landesarbeitsgemeinschaften – mit Menschen aus den Stadtrandlagen wie aus innerstädtischen

Bereichen, den für den Klimaschutz zentralen Unternehmen und Akteur\*innen sowie mit den

Expert\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter im Gespräch dazu bleiben, wie die

zwangsläufig hochgesteckten Anforderungen besser und unter welchen Vorgaben realisieren

werden können. Gemeinsam kämpfen wir für Lösungen, die den verschiedenen räumlichen und

sozialen Herausforderungen gerecht werden.

178 Der Senat steht in der Pflicht, die Berliner\*innen über die Folgen der Klimakrise  
179 und

180 Klimaschutzmaßnahmen zu informieren. Das Land soll in einer Kampagne das Ziel  
181 eines

182 klimaneutralen Berlins offensiv kommunizieren. Die damit zusammenhängenden  
183 Vorteile wie

184 günstigere Energie, die Gewinne für die Lebensqualität, wie etwa saubere Luft,  
185 weniger

186 Verkehrslärm und Milderung von Hitzewellen, sollen in den Mittelpunkt gestellt  
187 und die

188 sozial gerechte Kostenverteilung klar kommuniziert werden, um den vermeintlichen  
189 Widerspruch

190 von ökologischen und sozialen Belangen entgegenzutreten. Zudem sollte der Senat  
zu den

konkreten Zielen, Maßnahmen sowie deren Umsetzungsstand und Erfolgen sowie  
Handlungsmöglichkeiten für Bürger\*innen und Unternehmen laufend  
öffentlichkeitswirksam

kommunizieren und berichten.

#### Bildung for Future - Lernen für den Klimaschutz in gesunder Umgebung

191 Unsere Bildungsinstitutionen sind wichtig für unseren Kampf gegen den

192 Klimawandel. Sie sind

193 elementare Orte der Vermittlung von ökologischem Wissen und Bewusstsein. Zugleich

194 bieten



195 ihre Gebäude, Flächen, Mensen selbst enorme Möglichkeiten für konkreten  
Klimaschutz und -  
196 anpassung. Seien es Energieeinsparpotentiale bei Gebäuden, die Entsiegelung von  
Flächen oder  
197 aber das Ernährungsangebot.

#### 196 **Klimabildung in den Schulen und der ganzen Stadt stärken**

197 Das Wissen und die Erkenntnisse zur Klimakrise und die damit einhergehenden  
198 ökologischen,  
199 sozialen und ökonomischen Herausforderungen müssen verstärkt in der formalen und  
200 non-  
201 formalen Bildung thematisiert werden. Daher gehören Umwelt- und Naturbildung,  
202 Bildung für  
203 Nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie Ernährungsbildung für uns in das  
204 Schulprogramm einer  
205 jeden Schulgemeinschaft. Für die Umsetzung des Orientierungs- und  
206 Handlungsrahmens zum  
207 Kompetenzerwerb für das übergreifende Thema Nachhaltige Entwicklung / Lernen in  
208 globalen  
209 Zusammenhängen muss im Schullalltag ausreichend Zeit eingeräumt werden. Die  
210 Zusammenhänge  
211 zwischen Klimakrise und anderen Ungerechtigkeiten wie Rassismus, Klassismus,  
212 Kolonialismus  
213 und Sexismus sollten dabei ebenfalls thematisiert werden. Deshalb halten wir  
214 interdisziplinäres Lernen für elementar. Wir fordern die Entwicklung eines  
Masterplans BNE  
nach Hamburger Vorbild, um die Lernvermittlung strukturell von der frühkindlichen  
bis zur  
Erwachsenenbildung zu verankern. Diese Bildung fängt bereits auf dem Schulweg und  
im  
Schullalltag an.

Zusätzlich müssen außerschulische Lernorte und praktische Projekte für den  
Umwelt- und  
Naturschutz, die Stadtnatur und die Klimaanpassung weiterhin gestärkt werden.  
Dafür haben  
wir Grüne unter anderem die Zivilgesellschaft im Bereich des Naturschutzes und  
Umwelt- und  
Naturbildung sowie Natur- und Werkpädagogik finanziell deutlich besser gefördert.

215 Wir wollen darauf hinwirken, dass unsere Schulen zu sozialen Vernetzungsorten im  
216 Kiez  
217 werden, an dem sich Menschen niedrigschwellig über Klimaschutz- und  
Anpassungsmaßnahmen  
austauschen und bilden, um anschließend gemeinsam Herausforderungen direkt vor

Ort zu lösen.

218 **Ausbildung for Future – Klimaberufe in den Fokus rücken**

219 Wir brauchen Fachkräfte, die die Energiewende praktisch umsetzen können, um den  
220 Klimawandel  
221 aufzuhalten. Die Zahl an Personen, die Ausbildungen in Klimaschutzberufen  
222 absolvieren, ist  
223 seit Jahren rückläufig. Ohne die Beseitigung des Flaschenhalses Fachkräfte werden  
224 wir unsere  
225 Klimaziele jedoch nicht erreichen können. Eine Basis dafür muss deswegen bereits  
226 in der  
227 Schule gelegt werden. Deswegen sollte vom Grundschul- bis in das Oberstufenalter  
228 regelmäßig  
und umfassend auch über weniger bekannte Ausbildungsmöglichkeiten informiert und  
praktische  
Erfahrung gesammelt werden können. Im Rahmen von Schulpraktika oder Besuchen von  
Betrieben  
sollen Klimaschutzberufe und -betriebe im Fokus stehen. Duale Ausbildungen sollen  
einem  
Studium gegenüber gleichgestellt sein. Zusammen mit der IHK und der  
Handwerkskammer sowie  
weiteren Stakeholdern ist hierfür eine Klimaberufsstrategie für Schüler\*innen zu  
entwickeln.

229 **Im Grünen lernen und spielen – Schulhöfe umgestalten**

230 Wir setzen uns für eine bestmögliche Entsiegelung und Begrünung von Schulhöfen,  
231 mehr grüne  
232 Klassenzimmer und essbaren Gärten in den Schulen und Kitas ein. So entstehen  
233 naturnahe  
234 Lernorte der Biodiversität, gesunden Ernährung und Klimaanpassung. Grünflächen  
235 heizen sich  
236 außerdem weniger auf und leisten dadurch einen positiven Beitrag zum Stadtklima.  
237 Zusätzlich  
238 können sie als Erholungsraum für die Nachbarschaft dienen. Das Land Berlin muss  
239 für  
240 entsprechende Vorhaben eine auskömmliche finanzielle Ausstattung zur Verfügung  
241 stellen.  
242 Außerdem muss die finanzielle Förderung vom erfolgreichen Projekt „Grün macht  
Schule“ bzw.  
grünes Klassenzimmer ausgebaut und ein Programm für die Entsiegelung auf den  
Schulhöfen  
aufgelegt werden. Dabei sollen alle Bezirke nach gleichen Standards arbeiten und  
Entsiegelung und Begrünung als Pflichtaufgabe verstehen. Parkbuchten vor Schulen

wollen wir

zu Mulden bzw. „Regengärten“ mit einer Begrünung von hoher biologischer Vielfalt umgestalten. Damit steigern wir die Umweltqualität und bieten zugleich Natur- und Umweltbildung vor Ort an.

#### 243 **Ökologischer Schulbau und nachhaltige Energieversorgung fördern**

244 Die Schulbauoffensive wollen wir nutzen, um den ökologischen Schulbau  
245 voranzutreiben. Dazu  
246 gehören neben gesunden, nachhaltigen Baustoffen, Gründach, Fassadenbegrünung und  
247 dezentraler  
248 Regenwasserbewirtschaftung ebenso Photovoltaik, eine erneuerbare Wärme- und  
249 Kälteversorgungen und intelligente Leittechnik. Auch im Rahmen der  
250 Energieeinsparung können  
251 Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Durch eine bessere  
252 Regulierung der  
253 Heizung vor Ort und den Einbau von LED-Lampen und Bewegungsmeldern kann  
254 beispielsweise  
255 Energie eingespart werden. Diese Ersparnis soll dann als Anreiz in Form eines  
Kostenbudgets  
an die Schule zurückgegeben und für weitere Klimaschutzmaßnahmen verwendet  
werden. Der Senat  
sollte die Bezirke hierbei beispielsweise unterstützen, auf die Möglichkeit des  
Energiespar-  
Contractings zurückzugreifen sowie die Schulen dabei unterstützen, mit allen  
Interessengruppen gleichberechtigt eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten,  
wie die  
Schule bis spätestens 2035 klimaneutral werden kann.

256 Die Lebensmittelproduktion ist für einen großen Teil des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes  
257 verantwortlich. Deshalb wollen wir mehr regionale und saisonale Lebensmittel und  
258 täglich  
259 vegetarische und vegane Optionen an Schulen und Kitas. Bei der Umsetzung wollen  
260 wir darauf  
261 achten, dass das Kita- und Schulessen wo immer möglich frisch vor Ort gekocht  
262 wird. Da dies  
263 nicht überall möglich ist, wollen wir in einem Modellprojekt das Kochen im  
Verbund erproben,  
bei dem Schulen mit eigener Küche die umliegenden Schulen ohne Küchen mit Essen  
versorgen.  
Wir werden außerdem eine Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der  
Kita- und  
Schulverpflegung erarbeiten.

#### 264 **Grün unterwegs – zur Schule und darüber hinaus**

265 Alle Kinder und Jugendlichen sollen eigenständig und sicher zu Fuß, auf dem Rad  
266 oder mit dem  
267 ÖPNV unterwegs sein können.  
268 Damit Schüler\*innen und an den Schulen Beschäftigte für den Schulweg das Fahrrad  
269 leichter  
270 nutzen können, werden wir uns für ausreichende, überdachte und sichere  
271 Abstellmöglichkeiten  
272 auf jedem Schulgelände einsetzen. Vor den Schulen wollen wir Spielstraßen,  
273 verkehrsberuhigte  
274 Bereiche sowie Schulzonen unmittelbar vor der Schule zu Schulzeiten einrichten,  
um den  
Elterntaxiverkehr einzuschränken und die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Überdies  
möchten wir  
umweltfreundliche Klassenfahrten fördern. Hierfür müssen vom Senat entsprechende  
finanzielle  
Anreize für Schulen geschaffen werden, wie beispielsweise die Förderung von Zug-  
und  
Busfahrten in Europa, um Flugreisen zu vermeiden.

#### 275 **Nachhaltige Wirtschaft – klimaneutral und gerecht**

276 Die große Herausforderung unserer Zeit ist es, Klimaneutralität zu erreichen und  
277 dabei  
278 Arbeitsplätze und unseren Wohlstand nicht zu gefährden. Viele Unternehmen sind  
279 dabei bereits  
280 mitten im Umbruch und dennoch ist der Wirtschaftssektor mit einem jährlichen  
281 Ausstoß von  
282 zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in Berlin noch immer einer der Haupt-CO<sub>2</sub>-Emittenten. Je  
283 eher sich  
284 Unternehmen auf den Kurs hin zur ökosozialen Transformation begeben, desto  
285 bessere Chancen  
286 haben in Berlin entwickelte, klimaneutrale Produkte und Verfahren auf den Märkten  
287 der  
288 Zukunft. Diese Transformation begleiten wir durch eine gezielte Förderung durch  
289 das Land  
290 Berlin sowie eine Ausbildungs Offensive in den Klimaschutzberufen. Denn die  
291 Klimakrise werden  
292 wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf individuelles Verhalten oder  
293 einzelne Personen  
294 abzielen. Wir müssen die systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie  
295 ändern.

296  
297 Um die Klimakrise jedoch noch so gut wie möglich abzuwenden werden wir sowohl als  
298 Partner  
299 der Wirtschaft auftreten, diese jedoch auf der anderen Seite auch fordern. Dabei  
300 wird es

301 eine soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen nur geben, wenn auch eine klare  
302 Umverteilung von  
303 oben nach unten erfolgt. Diesen Spagat zu meistern wird gerade uns Bündnisgrüne  
304 immer wieder  
305 vor große Herausforderungen stellen. Wir schließen Transformationsbündnisse mit  
306 allen, die  
307 an der klimaneutralen Industrie mitarbeiten wollen: mit Umwelt- und  
308 Klimaschützer\*innen, mit  
309 Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden; mit Betriebsrät\*innen und Gründer\*innen.  
310 Dabei ist  
Berlin gemeinsam mit Brandenburg schon auf einem guten Weg. Schon heute ist die  
Kombination  
aus attraktiven Angeboten für Fachkräfte, starker Forschungs- und  
Innovationslandschaft und  
der rasche Ausbau erneuerbarer Energien ein klarer Standortvorteil für die  
klimagerechte  
Transformation in der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Diesen Weg der Dekarbonisierung müssen wir hier in Berlin mit aller Kraft weiter  
gehen und  
ihn deutlich ausbauen. Dabei setzen wir auf Kreislaufwirtschaft,  
Gemeinwohlorientierung,  
Solidarische Ökonomie, innerbetriebliche Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit  
und  
Chancengleichheit und nehmen bei dem allen immer die gesamte Wertschöpfungskette  
in den  
Blick. Wir müssen unsere Systeme (vom Arbeitsmarkt bis zu den Landesfinanzen) fit  
dafür  
machen, dass sie ggf. auch ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stabil  
bleiben.

Wir streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des  
Netzes hin zu  
erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen  
Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus  
werden wir  
prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und  
klimapolitischen Zielen vereinbar ist.

### 311 **Klimaneutrales Wirtschaften in Berlin**

312 Die privaten und öffentlichen Unternehmen sowie die öffentliche Hand müssen ihre  
313 Anstrengungen für ein klimaneutrales Wirtschaften massiv verstärken. Um die  
314 Geschäftsmodelle  
315 weiter zu dekarbonisieren, müssen die Berliner Unternehmen ihre Energieeffizienz  
316 und die

317 Nutzung von erneuerbaren Energien erheblich steigern. Wesentlich ist dabei die  
318 Umstellung  
319 von Prozesswärme und -kälte auf nachhaltig strombasierte Erzeugung aus  
320 Erneuerbaren, die  
321 weitere Nutzung von Solarpotenzialen, eine konsequente Elektrifizierung sowie die  
Nutzung  
der Abwärme in Nah- und Fernwärmenetzen. Die Reduzierung des Wasserverbrauchs  
muss stärker  
in den Fokus genommen werden und bei der Ansiedlung von Unternehmen  
Berücksichtigung finden.  
Auch die digitale Transformation muss sich am Energie- und Ressourcenverbrauch  
messen  
lassen.

### 322 **Eine gemeinsame Initiative für Klimaneutralität - offensiv und sozial gerecht**

323 Die Politik muss auf allen Ebenen den Rahmen für die Transformation setzen und  
324 dabei die  
325 soziale Frage konsequent beachten. Das Land Berlin muss Initiativen und Netzwerke  
326 fördern  
327 und die Unternehmen dabei unterstützen, entlang der gesamten Wertschöpfungskette  
328 (Scope 1-3)  
329 und ohne Kompensation klimaneutral zu werden. Die landeseigene Investitionsbank  
330 Berlin (IBB)  
ist hierfür ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Sie muss ihre  
Kredit- und  
Förderprogramme deutlich stärker an den verbindlichen Klimazielen ausrichten. Die  
Beantragungsverfahren, die Förderkriterien und -verfahren sollen dafür regelmäßig  
evaluiert  
und optimiert werden.

331 Jede Wirtschaftsförderung im Land Berlin und insbesondere die Förderung der  
332 Ansiedlung von  
333 Unternehmen durch Berlin Partner muss konsequent zur Erreichung der gesetzlichen  
CO2-  
Reduktionsziele beitragen.

### 334 **Die Landesunternehmen stehen an der Spitze der Nachhaltigkeit**

335 Die landeseigenen Unternehmen stehen in der Pflicht, Vorbild für nachhaltiges  
336 Wirtschaften  
337 zu sein. Dies gilt insbesondere für die zentralen Akteure unserer  
338 Versorgungssysteme – BVG,  
339 Charité/Vivantes, Messe, BSR, Wasserbetriebe, Stadtwerk und BER. Wir fordern,  
340 dass sie

341 verpflichtet werden, verbindliche Pfade zur Klimaneutralität mit konkreten  
342 Kosten- und  
343 Maßnahmenplänen festzulegen. Die Klimaschutzvereinbarungen müssen regelmäßig  
344 überprüft und  
345 bei Bedarf angepasst werden. Ziel ist ein klimaneutrales Wirtschaften bis  
346 spätestens 2035.  
347 Das betrifft Maßnahmen beim Fuhrpark, bei Gebäuden, bei Stromerzeugung und  
348 -verbrauch ebenso  
349 wie die Reduktion des Wasserverbrauchs oder der vor- und nachgelagerten  
350 Emissionen etwa bei  
351 Einkauf und Entsorgung. Dabei benötigen die landeseigenen Unternehmen finanzielle  
352 Unterstützung, etwa durch zweckgebundene Transaktionskredite. Mit der  
Zweckbestimmung wäre  
auch gewährleistet, dass dieses Geld nicht wie das schwarz-rote Sondervermögen  
nur ein  
abstraktes Versprechen bleibt, sondern für konkrete Vorhaben ausgegeben wird.  
Damit die  
öffentlichen Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette klimaneutral  
wirtschaften, müssen  
auch ihre Finanzanlagen konsequent an sozial-ökologischen Standards ausgerichtet  
werden. Um  
sicherzustellen, dass die Klimaziele konsequent verfolgt werden, müssen diese  
auch in die  
Vertragsgestaltung mit den Geschäftsführungen und Vorständen einfließen.

### **Klimaschutz bei der Vergabe**

353 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken ist mit einem jährlichen  
354 Volumen von  
355 rund fünf Milliarden Euro ein wichtiger Bestandteil der Nachfrage in der Stadt  
356 nach  
357 Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen das Berliner Vergaberecht fair und  
358 nachhaltig  
359 weiterentwickeln. Eines unserer Ziele ist, dass Berlin nur noch Dienstleistungen  
360 und  
361 Produkte von Unternehmen beschafft, die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette  
362 klimaneutral  
363 sind. Dieses Kriterium soll in allen Vergabeverfahren berücksichtigt und in der  
364 Gewichtung  
365 jedes Jahr erhöht werden. Falls nötig gilt es in Abstimmung mit anderen  
366 Akteur\*innen der  
367 öffentlichen Hand durch Bündelung der Nachfrage sicherzustellen, dass die  
368 entsprechenden  
369 Produkte und Dienstleistungen im Markt verfügbar werden, wie dies erfolgreich  
bereits bei  
der Beschaffung von Bussen durch die BVG praktiziert wurde.

Mit einer stärkeren Orientierung an nachhaltigen Produkten kann die öffentliche Hand gerade bei der Markteinführung prägend auf den Markt einwirken. Nachhaltigkeit und Klimaneutralität müssen auch deswegen verbindliches Kriterium bei jeder Vergabe sein. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, dass Bezirke und Hauptverwaltungen auch personell und strukturell in die Lage versetzt werden, die sozialen und ökologischen Kriterien konsequent umzusetzen.

370 Für die Umrüstung des Landesfuhrparks auf klimaneutrale Antriebe braucht es einen  
371 Masterplan, wie bis 2030 sowohl die Ladeinfrastruktur als auch die sukzessive  
372 Umrüstung bei  
Neubeschaffung von Fahrzeugen, insbesondere bei Polizei und Feuerwehr, umgesetzt werden.

### 373 **Das Handwerk als starker Partner auf dem Weg zu Klimaneutralität**

374 Das Berliner Handwerk spielt eine tragende Rolle für Klimaschutz und  
375 Nachhaltigkeit, etwa  
376 bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim  
377 Einbau von  
378 Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen gemeinsam mit dem  
379 Berliner  
380 Handwerk die Sicherung, Ausbildung und Weiterqualifizierung von Fachkräften in  
381 den  
382 klimarelevanten Berufen gezielt vorantreiben. Hierfür werden wir eng mit  
383 Betrieben,  
384 Beschäftigtenvertretungen, Kammern und Innungen kooperieren. Ziel ist eine  
gemeinsame  
Strategie, zu der die finanzielle Unterstützung von Ausbildungsbetrieben, bessere  
Arbeits-  
und Ausbildungsbedingungen, erhebliche Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von  
Familie und  
Beruf, die konsequente Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, eine  
erleichterte  
Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und den Ausbau staatlicher Hilfen und  
Integrationsleistungen  
gehören.

### 385 **Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und stadtverträglich machen**

386  
387 Wir kritisieren, dass Schwarz-Rot den von uns fertiggestellten Teil zum



388 **Wirtschaftsverkehr**  
389 des Mobilitätsgesetzes gestoppt hat. Wir wollen den Lieferverkehr, insbesondere  
390 für den  
391 Einzelhandel, und Handwerker\*innen unterstützen. Lieferzonen sollen  
392 bedarfsgerecht  
393 eingerichtet und freigehalten bzw. überwacht werden. Die Flächenkonkurrenz wollen  
394 wir  
395 gemeinsam mit dem Umweltverbund lösen, indem wir CO2-neutrale Kleinfahrzeuge und  
andere  
Alternativen zum Lkw für Lieferungen auf der  
letzten Meile etablieren. Der städtische Güterverkehr soll stärker auf Schiene  
und Wasser  
verlegt werden. Dafür sollen Gütertrams und MicroHubs pilotiert und die  
Antriebswende im  
Schiffsverkehr vorangetrieben werden.

396 Daneben setzen wir uns für wirksame Rahmenbedingungen für kommerzielle und  
397 gemeinnützige  
398 Akteur\*innen und Unternehmen ein, welche Arbeitskräfte (Quereinsteiger\*innen,  
399 Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Personen ohne Ausbildungsabschluss) in eine  
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Klimaberufen bringen möchten.

#### 400 **Berlin wird Vorbild für nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus**

401 Die Berliner Wirtschaft ist breit gefächert. Alle Branchen müssen ihren Beitrag  
402 leisten,  
403 damit wir unser Ziel der Klimaneutralität erreichen. Der Tourismus kann mit gutem  
404 Beispiel  
405 vorangehen, wenn wir ihn stadtverträglich gestalten. Dafür muss der von Rot-Grün-  
406 Rot  
407 geschaffene Fonds für ökologischen Tourismus genutzt und weiterentwickelt werden.  
408 Die  
409 Perspektive der Bezirke muss zwingend beachtet werden, um abgestimmte Maßnahmen  
410 für einen  
411 nachhaltigen Tourismus in den Kiezen zu ermöglichen. Wir wollen unsere  
412 öffentlichen Räume  
413 gerechter verteilen, so dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung  
414 erleben.

415  
416 Mehrweglösungen schonen nicht nur das Klima, sie sparen auch wertvolle Ressourcen  
417 und wirken  
der Vermüllung der Stadt entgegen, die gerade auch in touristisch stark  
frequentierten  
Kiezen ein Problem ist. Daher wollen wir, dass die Mehrweg-Angebotspflicht in  
Gastronomie  
und Handel konsequent umgesetzt wird. Um eine Lenkungswirkung zu erzielen und die

externen

Kosten für die Umwelt und die Stadtreinigung einzubeziehen, fordern wir, dass Berlin eine Steuer auf Einweggeschirr und -verpackungen für Speisen und Getränke erhebt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die Anbindung Berlins an nationale und europäische Fern- und Nachtzugverbindungen zu verbessern, um möglichst viele Flugreisen von und nach Berlin auf die Schiene zu verlagern.

#### 418 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

419 Die Klimakrise hat bereits jetzt schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit  
420 der  
421 Berliner\*innen und ist entsprechend immer auch eine Gesundheitskrise. Etwa durch  
422 stärker  
423 ausgeprägte Hitzeperioden, das vermehrte Auftreten von hier bislang selten  
424 diagnostizierten  
425 Infektionserkrankungen, eine höhere Belastung für Menschen mit Allergien, die  
426 steigende  
427 Luftverschmutzung und dem daraus resultierenden Stress sind Berliner\*innen  
428 körperlich und  
429 psychisch von den Folgen der Klimakrise betroffen. In Anbetracht des drohenden  
430 Verlustes  
431 unserer Lebensgrundlagen sind auch Angst, Depressionen und Anpassungsstörungen  
432 immer  
433 häufiger und wir brauchen gesamtgesellschaftliche Lösungen im Umgang damit. Die  
434 Folgen von  
435 Extremwetterereignissen, wie Starkregen mit einem hohen Zerstörungsausmaß können  
436 Menschen  
437 zusätzlich stark belasten.

Die Klimakrise verstärkt auch die gesundheitliche Ungleichheit, denn insbesondere Kinder, Menschen mit chronischen körperlichen und psychischen Erkrankungen, alte Menschen und Menschen in prekären Lebensverhältnissen, sowie Opfer von häuslicher Gewalt– v.a. Frauen und Kinder - sind besonders von den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise betroffen. Beim Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit in Berlin können wir davon profitieren, wenn Klima- und Gesundheitsschutz sich gegenseitig verstärken. So führt eine nachhaltige Mobilitätsgestaltung, d.h. die Förderung der Verkehrsarten des Umweltverbands, zusätzlich zu einer besseren Luftqualität und weniger Lärm. Das wiederum fördert die Aufenthaltsqualität

im öffentlichen Raum und die gesünderen Wege zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad

438 **Berliner\*innen wirksam vor Hitze schützen**

439 In Berlin sind insbesondere die stark zunehmenden Hitzetage ein ernstes  
440 Gesundheitsrisiko.  
441 Großstädte werden in der Klimakrise zu Wärmeinseln und heizen sich aufgrund des  
442 hohen Grads  
443 an Versiegelung und der Dichte an motorisiertem Verkehr um bis zu acht Grad mehr  
444 auf als das  
445 Umland. Besonders stark sind dicht besiedelte Quartiere betroffen. Die Klimakrise  
446 wirft hier  
447 v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit geringem  
448 Einkommen tragen in  
449 der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber überdurchschnittlich  
450 davon  
451 betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut betroffene Menschen  
452 immer mehr  
zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer einen vergleichsweise  
schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Wir setzen uns für ein „Netzwerk für  
Abkühlung“  
ein, das Orte, an denen Menschen sich abkühlen können, wie z.B. Kirchen, Parks  
etc. bekannt  
und den Zugang dazu niedrigschwellig macht. Dazu gehört auch, dass beispielsweise  
Schwimmbäder – als Orte der Abkühlung – für Menschen mit geringem Einkommen  
bezahlbar sind.  
Denn konsequent gedacht bedeutet Klimagerechtigkeit immer auch soziale und  
gesundheitliche  
Gerechtigkeit.

453 Um die Berliner\*innen wirksam vor Hitze zu schützen, hat die bündnisgrün geführte  
454 Gesundheitsverwaltung im März 2022 gemeinsam mit zahlreichen Akteur\*innen aus  
455 Gesundheit und  
456 Pflege das „Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin“ ins Leben gerufen. In diesem  
457 Rahmen wurden  
458 Musterhitzeschutzpläne für ambulante Pflegedienste bis hin zu Krankenhäusern  
459 entworfen und  
460 veröffentlicht. Diese müssen nun in allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in  
461 den  
462 Sozialräumen der Bezirke umgesetzt und auf weitere gesellschaftliche Bereiche,  
463 wie Kitas,  
464 Schulen und Sportstätten ausgeweitet werden. Sektorenübergreifende  
Hitzeaktionspläne sind  
damit auch ein Paradebeispiel für einen konsequenten Health in All Policies-  
Ansatz, der  
gleichzeitig immer auch ein Climate in All Policies-Ansatz ist.

Die Menschen in der Stadt benötigen außerdem insbesondere in Hitzeperioden jederzeit den Zugang zu frischem Wasser – und zwar kostenfrei. Der begonnene Bau von Trinkbrunnen an allen zentralen Haltestellen und stark besuchten Orten muss weiter vorangetrieben werden.

#### 465 **Berliner Krankenhäuser auf dem Weg zur Klimaneutralität stärken**

466 Auch der Gesundheitssektor selbst muss einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz  
467 leisten, da  
468 er für über 5% der Emissionen in Deutschland verantwortlich ist. Um die  
469 Krankenhäuser, die  
470 mit dem zunehmenden Fachkräftemangel und den Folgen der Covid-19-Pandemie bereits  
471 stark  
472 belastet sind, bei der Transformation hin zu einem klimaneutralen und resilienten  
473 Gesundheitssystem zu unterstützen, haben wir Bündnisgrüne das Green Hospital-  
474 Programm für  
475 Berlin aufgelegt und mit rund 30 Millionen Euro im Landeshaushalt verankert.  
476 Dieses muss vom  
477 schwarz-roten-Senat nun zügig weiter umgesetzt und ausgeweitet werden, damit alle  
478 Berliner  
479 Krankenhäuser in die Lage versetzt werden, wirksam in energetische Sanierungen  
480 und eine  
481 energieeffiziente Infrastruktur zu investieren, zu der auch eine elektrifizierte  
482 Fahrzeugflotte gehört. Neben höheren Investitionsmitteln setzen wir uns auch  
483 dafür ein, dass  
484 alle Krankenhäuser mindestens ein\*e Klimamanager\*in benennen, die klinikintern  
Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und umsetzt. Auch in der unmittelbaren Versorgung  
von  
kranken Menschen gilt dabei: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz, denn viele  
Klimaschutzmaßnahmen, wie eine gesündere Ernährung oder die Vermeidung von  
Einweg-  
Plastikprodukten haben dabei auch positive Auswirkungen auf die Behandlung der  
Patient\*innen. Durch Digitalisierung und Telemedizin können in der  
Gesundheitsversorgung  
sowohl die Versorgungsqualität gesteigert als auch medizinisch nicht notwendige  
Fahrten  
vermieden werden. Dabei ist immer darauf zu achten, dass die digitale Teilhabe  
aller  
Menschen gewährleistet ist.

#### 485 **Berliner Stadtgrün und Wälder stärken und schützen**

486 Um einerseits die Klimakrise nicht weiter zu verschärfen und andererseits die

487 Klimaresilienz  
488 der Stadt zu stärken, müssen wir den städtebaulichen Umbau der Stadtinfrastruktur  
489 dringend  
490 weiter vorantreiben. Bei allen Baumaßnahmen muss Klimaschutz und -resilienz  
491 mitbedacht  
492 werden. Vorgaben für Dach- und Fassadenbegrünung müssen in der Bauordnung  
493 verbindlich  
festgehalten und die Förderung von Gebäudebegrünung deutlich verstärkt werden.  
Wir haben  
Regenwassermanagement bei Neubauvorhaben vorgebracht und wollen in einem  
nächsten Schritt  
entsprechende Regelungen auf Planungen ausdehnen, die den öffentlichen  
Straßenraum  
betreffen.

494 Stadtgrün fördert zusätzlich die Aufenthaltsqualität, schafft Raum für Begegnung  
495 und stärkt  
496 gesunde Mobilität, wie Fuß- und Radverkehr. Das bestehende Stadtgrün muss  
497 weiterhin nicht  
498 nur gepflegt, sondern auch ausgeweitet und Bäume sowohl an den Straßen als auch  
499 in den Parks  
500 neu gepflanzt und gut gepflegt werden. Wir setzen uns dafür ein, bei  
501 Planungsmaßnahmen im  
502 öffentlichen Raum Klimaanpassungsflächen wie Baumstandorte, Retentions- und  
503 Versickerungsflächen mit verbindlichen quantitativen Vorgaben zu verankern.  
504 Bestehende Parks  
505 müssen erweitert und neue geschaffen werden. Um deutlich mehr Flächen entsiegeln  
506 und  
507 gestalten zu können, müssen die Bezirke vom Land unterstützt werden,  
508 beispielsweise durch  
509 einen Leitfaden, der aufklärt, wo und unter welchen Voraussetzungen entsiegelt  
510 werden kann.  
511 Einen Anfang haben wir im laufenden Doppelhaushalt gemacht, in dem wir den  
512 Bezirken mit dem  
513 Stadtverschönerungs-Topf hierfür Mittel bereitgestellt haben. Am Halleschen Ufer  
514 zeigen wir,  
515 wie durch Entsigelung aus ehemaligen Straßen neue Parks entstehen können. Die  
Pläne zur  
Teilversiegelung des Tempelhofer Felds der schwarz-roten Koalition zeigen in  
genau die  
falsche Richtung. Wir lehnen eine Bebauung von Flächen des Tempelhofer Feldes,  
die auch dem  
erfolgreichen Volksentscheid von 2014 widerspricht, deshalb weiterhin ab. Nur  
mehr und  
gesundes Stadtgrün und blaue Infrastruktur (unter anderem Wasserflächen in der  
Innenstadt)

bedeuten Schatten und Verdunstungskühlung für die überhitzte Stadt sowie Erholung und Schutz für uns Berliner\*innen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Wir begrüßen es, wenn Anwohner\*innen sich selbst aktiv in die ökologische Gestaltung in ihrem Kiez einbringen wollen. Gemeinsam mit Initiativen und Bürger\*innen sollen seitens der Verwaltung Handreichungen erarbeitet werden, wie dies vereinfacht geschehen kann.

516 Der Wald ist für den Kampf gegen die Klimakrise sowie für die Anpassung an den  
517 Klimawandel  
518 unser wichtigster Verbündeter. Damit weiterhin mindestens ein Fünftel der  
519 Berliner  
Landesfläche bewaldet bleibt und der Anteil an Wald auf Landesflächen sogar steigt, müssen wir die Resilienz unserer Wälder stärken und sie vor der Klimakrise schützen.

520 Konzepte zu Waldbau, Entnahmepraktiken, Waldwirtschaftspläne, Holzabverkauf sowie  
521 der  
Wiederaufbau einer landeseigenen Baumschule sind zu prüfen und weiterzuentwickeln.

522 Unter klimaresilientem Waldbau verstehen wir auch die Waldbrandprävention unter  
523 Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Feuerökologie. Die Berliner Forsten  
524 sind in ihrer  
Personal- und Finanzstruktur sowie hinsichtlich ihrer Infrastruktur nachhaltig abzusichern.

525 Sogenannte „pocket forests“ helfen bei der Bewältigung von Klimafolgen in dicht  
526 besiedelten  
527 Gebieten, beispielsweise durch Abkühlung und mehr Biodiversität.  
Zivilgesellschaftliche  
Initiativen zur Errichtung solcher Miniwälder wollen wir fördern.

#### 528 Green Culture - Klimaschutz in Kunst und Kultur

529 Kunst und Kultur sind die Zukunftslabore der Gesellschaft bei der ökologischen  
530 Transformation. Die Berliner Kulturschaffenden sind progressiv und offen und  
531 setzen sich für  
532 Vielfalt und eine gerechte Gesellschaft ein. Viele Kulturverbände und Netzwerke  
533 von  
534 Künstler\*innen und Kulturschaffenden engagieren sich bereits aktiv für  
535 Klimaschutz und

536 Nachhaltigkeit in der Kultur. Auf Bundesebene sind mit dem Green Culture Desk und  
537 dem Fonds  
538 „Zero – Klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte“ schon Grundlagen geschaffen, um  
Kulturschaffende und Kulturinstitutionen auf ihrem Weg zu mehr Klimaschutz und  
Ressourcenschonung zu unterstützen. Wir fordern die Berliner Kulturverwaltung  
auf, Barrieren  
in der Umsetzung, Lücken in der Vernetzung und Vermittlung zügig abzubauen, um  
den Fonds für  
die Berliner Kulturlandschaft besser zu erschließen.

### 539 **Förderprogramme ökologisch ausrichten**

540 Berlin als Fördergeberin muss auch bei den eigenen Förderkriterien für Kultur  
541 klar  
542 formulieren, dass zukünftig Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Produktion und  
543 Präsentation Voraussetzung für eine Förderung sind. Auch die künstlerische  
544 Auseinandersetzung mit den Themen Klimakrise, Nachhaltigkeit und Transformation  
545 als  
546 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sollte ausdrücklich unterstützt werden. Kunst  
547 ist eine  
548 wichtige Wegbereiterin für die Vermittlung und Akzeptanz der Maßnahmen zur  
549 Erreichung der  
550 Klimaziele. Etwaige Mehrkosten, die mit einer ökologischen Kulturproduktion und -  
präsentation verbunden sind, müssen in der Förderung enthalten sein. Die konkrete  
Umsetzung  
der Nachhaltigkeitskonzepte soll regelmäßig evaluiert werden, denn die  
Überprüfbarkeit ist  
Voraussetzung gegen Greenwashing und die Auswertung der Maßnahmen notwendig für  
den Aufbau  
von Best-Practice-Beispielen aus dem Kultursektor.

### 551 **Mit der Energie- und Wärmewende Kultur resilient machen**

552 Die Berliner Kultureinrichtungen und Museen haben insgesamt eine schlechte  
553 Energieeffizienz  
554 und teilweise übermäßige Klimatisierung. Sie gehören, bezogen auf ihre Flächen,  
555 zu den  
556 größten Energieverbrauchern in Berlin. Wir sehen es als eine der zentralen  
557 Aufgaben an, die  
558 Berliner Bühnen, Museen und Konzerthäuser klimaneutral auszurichten. Für  
559 bestehende  
560 Kulturliegenschaften müssen passgenaue Nachhaltigkeits- und  
561 Energieeffizienzmaßnahmen für  
eine sinnvolle Sanierung der Gebäude entwickelt werden. Sie brauchen eine  
Evaluation des

Energieverbrauchs und der Notwendigkeit von Klimatisierung, eine Nachhaltigkeitsdeklaration und eine Klimabilanzierung, die in einer Berichtspflicht abgefragt werden müssen. Neue Kulturliegenschaften, wie etwa die Alte Münze oder das M20, müssen den klimaschonenden Bau und Betrieb als Priorität in den Bauplanungen und -maßnahmen berücksichtigen.

562 Bei Berliner Programmen wie dem Arbeitsraumprogramm, das von der Kultorraum GmbH  
563 betreut  
564 wird, müssen die Baumaßnahmen ebenfalls klimaneutrale Energieeffizienzstandards  
565 und  
Nachhaltigkeit als oberste Leitlinie enthalten. Beispielsweise muss die  
Ausstattung  
ökologisch wiederverwendbar und flexibel nutzbar sein.

#### 566 **Ökologische Kreislaufwirtschaft für Kunst und Kultur möglich machen**

567 Die klimafreundliche und nachhaltige Kulturproduktion und -präsentation beginnt  
568 mit dem  
569 ressourcenschonenden Umgang mit Materialien und klimaschonenden Transportwegen.  
570 Wir setzen  
571 uns dafür ein, dass vorhandene Sharing-Angebote und Materialkreisläufe  
572 unterstützt und  
573 weitere speziell für die Kulturschaffenden ins Leben gerufen und alle miteinander  
vernetzt  
werden. Die notwendige Unterstützung muss finanziell, räumlich und  
organisatorisch erfolgen.  
Nachhaltigkeitsmanager\*innen sollen die einzelnen Kulturbereiche und  
Kulturschaffenden bei  
der Transformation unterstützen.

#### 574 **Kultur for Future - Zusammen für die ökologische Wende eintreten**

575 Um die Expertise und Bedarfe der Kulturschaffenden mit den Klimaschutzzielen in  
576 Einklang zu  
577 bringen, soll ein regelmäßiger „Runder Tisch für Nachhaltigkeit in der Kultur“  
ins Leben  
gerufen werden, der die Kulturschaffenden mit Verwaltung und Politik vernetzt.

578 Hier sollen Akteur\*innen aus Kunst, Politik und Verwaltung fortlaufend Maßnahmen  
579 beschließen, evaluieren und weiterentwickeln, um die Klimaschutzziele und  
580 Nachhaltigkeit in  
581 den Kulturinstitutionen, Produktionen und Kulturveranstaltungen in Berlin zu  
fördern und zu



verankern.

582 Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Breitensport, bei Sport-Großevents und  
583 Sportfesten

583 Breitensport und Profisport verbinden Menschen und sind Treiber für  
584 gesellschaftliche  
585 Entwicklungen. Hier kann ökologisches Bewusstsein zum einen spielerisch  
586 vermittelt. Zum  
587 anderen ist es zwingend notwendig, dass wir im Rahmen von Großevents und der  
588 sportlichen  
589 Infrastruktur Klimaschutz vorantreiben. Wir setzen bei Sportfesten und sonstigen  
590 Sportveranstaltungen im Breiten- bzw. Spitzensport vermehrt auf Zero Waste.  
591 Müllvermeidung  
muss zu einem festen Bestandteil werden. Sportvereine können einen wichtigen  
Beitrag für ein  
wachsendes ökologisches Bewusstsein leisten und sie können für mehr  
Nachhaltigkeit im Sport  
sorgen. Indem etwa im Rahmen von Sportveranstaltungen, -festen und  
-großveranstaltungen  
sowie der sportlichen Infrastruktur Klimaschutz und -gerechtigkeit vorangetrieben  
wird.

592 **Bau und Sanierung von Sportstätten**

593 Warmwasser, Heizung, Beleuchtung, mangelnde Isolierung – laut Deutschem  
594 Olympischen  
595 Sportbund verursachen deutsche Sportstätten allein dadurch jährlich circa 7,5  
596 Millionen  
597 Tonnen CO<sub>2</sub> – und damit genau so viel wie sechs Großstädte in einem Jahr. Die  
598 Sanierung und  
599 Modernisierung bestehender Sportstätten sind konsequent auf Grundlage der  
600 Sanierungsfahrpläne umzusetzen und das höchstmögliche Maß an Barrierearmut  
601 herzustellen. Um  
602 möglichst klimafreundlich zu bauen, fördern wir die Verwendung ökologischer,  
603 mikroplastikfreien Materialien, zertifizierter und recyclingfähiger Baustoffe.  
604 Fassaden- und  
605 Dachbegrünungen schaffen zusätzliche Habitate und dienen der Hitzevorsorge.  
606 Einsparpotenziale bei Wärmeenergie, Strom und Wasser müssen in Sportstätten  
607 bestmöglich  
608 ausgeschöpft werden. Sportplätze und ihre Nebenanlagen sind bei der Sanierung bei  
609 Beachtung  
610 der sportlichen Nutzungsmöglichkeiten in besonderem Maß zur Versickerung von  
Regenwasser zu  
nutzen. Bei Sportanlagen, die wesentliche gedeckte Flächen aufweisen, streben wir

die

Verwendung des Regenwassers für die Bewässerung der ungedeckten Flächen an. Beim Neubau von

großen Sportanlagen möchten wir die Wiederverwertung von Grauwasser mit moderner Wasseraufarbeitung ermöglichen. Beim Bau und bei der Sanierung von Sportanlagen ist in

Zukunft darauf zu achten, dass bestehende Biotope und ökologische Gegebenheiten möglichst

erhalten bleiben, geschützt bzw. entstehen können. Alle Sportanlagen sollen sich dem

Naturraum anpassen und vielfältige Bewegungsbezüge ermöglichen.

611 Bei der Energieversorgung aller Sportstätten setzen wir primär auf Erneuerbare-  
612 und

613 Solarenergie. Der Senat soll überdies gemeinsam und im Austausch mit dem  
614 Solarzentrum sowie

615 den Berliner Stadtwerken Hilfestellungen leisten, damit alle Sportstätten ein  
616 Konzept

617 erarbeiten können, wie sie ihre Energieversorgung auf erneuerbare Quellen  
618 umstellen können.

619 Bei der Verwendung von Solarenergie setzen wir verstärkt auf die Ausstattung der  
620 Hallenbäder

621 und Sporthallen mit Solaranlagen auf Dächern und eine Fassadenbegrünung. Wir  
622 wollen, dass

vermehrt auf den Einsatz von LED-Beleuchtung, die Gewinnung von Wärme aus Abwärme und das

Abdecken von Außenbädern gesetzt wird. Insbesondere die Berliner Bäderbetriebe sehen wir

hier in der Pflicht bei der Bereitstellung von erneuerbarer Wärme zum Beheizen der

Schwimmbäder deutlich mehr zu tun. Ein Modellprojekt in Berlin, welches eine Rasenheizung

über eine Wärmepumpe betreibt, soll vormachen, wie Flächen bestmöglich genutzt und Bedarfe

kombiniert werden können.

### 623 **Sportgroßveranstaltungen nur noch klimaneutral**

624 Die Wahl von Austragungsorten für Sportgroßveranstaltungen sollte auch davon  
625 abhängen, wie

626 gut die ÖPNV-Anbindung ist. Der Nahverkehr sollte, beispielsweise mit höherer  
627 Taktung von

628 Bussen und Bahnen zu Spielbeginn und -ende, auf diese Veranstaltungen  
629 ausgerichtet werden.

630 Sind die Nahverkehrstickets in den Eintrittskarten enthalten, wählen automatisch  
mehr

Besucher\*innen diese klimafreundliche Anreise. Bei jeder Veranstaltung muss es überdies ausreichend Möglichkeiten geben, Wasserflaschen aufzufüllen. Beim Catering soll verstärkt auf regionale, fair produzierte und verpackungsarme Produkte gesetzt werden.

631 Bei der Planung von Infrastruktur für Großveranstaltungen müssen  
632 Klimaschutzanpassungsmaßnahmen verpflichtend werden, z. B. Vorsorge vor Hitze  
633 oder  
634 Starkregen. Daher sollte möglichst wenig Fläche versiegelt, stattdessen lieber in  
635 die Höhe  
636 gebaut werden. Bei Spezialbauten sollte von Anfang an die Nachnutzung mitgedacht  
637 und  
organisiert werden. Für die klimaneutrale und nachhaltige Durchführung von  
Großveranstaltungen muss immer ein Konzept vorgelegt werden. Als Land Berlin  
bewerben wir  
uns nur auf Veranstaltungen, wo dies gewährleistet sein kann.

#### 638 **Nachhaltige Sportarten und Vereine fördern**

639 Durch die Priorisierung von nicht-motorisiertem, nachhaltigem Wassersport auf den  
640 Berliner  
641 Wasserflächen fördern wir nachhaltige Wassersportarten, wie Rudern, Segeln und  
642 Stand Up  
643 Paddling. Die Subventionierung nachhaltiger und fair produzierter Sportbekleidung  
644 und  
645 Sportutensilien über den Landessportbund möchten wir weiter unterstützen,  
ausweiten und das  
Angebot bekannter machen. Viele Berliner Vereine leisten bereits einen großen  
Beitrag zum  
Klimaschutz und zur Umweltbildung. Diese Vereine gilt es zu fördern und ihre  
Konzepte in die  
Breite der Sportlandschaft hineinzutragen.